

Zeno-Zeitung

Rheider Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Iffelburger Zeitung.

65. Jahrgang
Verlagssort: Bocholt.
Verlagort: Dortmund

Volksblatt für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 246

Freitag, den 6. September 1935

Jahrgang 1935

Dverschörfung der Gegensätze in Genf.

Ein Fünfer-Ausschuß soll weiter helfen. — Der Streit um seine Zusammensetzung. — Ein neuer Zwischenfall und eine dramatische Ratssitzung.

Aloisi verläßt den Sitzungsaal

Genf, 5. September.
Ueberraschend wurde am Donnerstag in den Nachmittagsstunden eine neue Ratssitzung angesetzt, die um 18 Uhr stattfinden sollte, dann aber gleich um eine Stunde verschoben wurde.

Nach einer kurzen geheimen Sitzung nahm der Rat in öffentlicher Sitzung die Stellungnahme des abessinischen Vertreters zu den gestrigen Erklärungen des italienischen Vertreters Aloisi entgegen. Man wollte damit die allgemeine Aussprache abschließen und

zur Einsetzung eines Ausschusses schreiten, dem die weitere Behandlung des Streitfalles übertragen werden soll. Der Ausschuß wird sich wahrscheinlich aus fünf Mitgliedern zusammensetzen.

Wie man hört, werden dem Ausschuß neben dem englischen und dem französischen Ratssprecher die Delegierten von drei neutralen Ratsmächten angehören. Die überraschende Einberufung einer neuen öffentlichen Sitzung erklärt sich aus dem bei allen maßgebenden Mächten vorhandenen Bestreben, die öffentliche Behandlung der Angelegenheit möglichst schnell abzuschließen. Auch auf der bevorstehenden Vollversammlung des Völkerbundes soll nach dem Wunsch dieser Mächte möglichst wenig von dem italienisch-abessinischen Streit die Rede sein.

Die öffentliche Sitzung des Völkerbundes begann kurz nach 18 Uhr.
Der Ratspräsident erteilte sofort dem Vertreter Abessiniens, Professor Yege, das Wort.

In diesem Augenblick erhob sich der italienische Vertreter Aloisi, von seinem Platz am Ratsstisch und verließ den Sitzungsaal. Ein Mitglied der italienischen Abordnung, das daraufhin seinen Platz einnahm, wurde nach einigen Minuten, während der Vertreter Abessiniens noch sprach, aus dem Saal gerufen, so daß der Platz Italiens von nun an leer blieb.

Die Stellungnahme des abessinischen Vertreters.
Nachdem der Vertreter Italiens, Aloisi, die Ratssitzung verlassen hatte, nahm Professor Yege, der Vertreter Abessiniens das Wort. Er ging auf die Einzelheiten der italienischen Denkschrift nicht näher ein. In seinen Ausführungen sprach er von einem italienischen Versuch, die italienische Sache zu verdrängen.

Die italienische Sache, die eine unmittelbare Kriegsgefahr heraufbeschworen hätten. Wenn Italien Ausdehnung und neue Absatzgebiete brauche, warum trage es dann diesen Anspruch nicht offen vor? Abessinien sei jederzeit bereit, zur Durchführung von Reformen und zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes den besten Willen zu zeigen. Der abessinische Vertreter forderte vom Völkerbundsrat:

1. gemäß Artikel 10 der Satzung des Völkerbundes die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Unabhängigkeit und Unversehrtheit Abessiniens angesichts der italienischen Truppenzusammenschüßungen zu sichern,
2. das in Artikel 15, Abs. 3, vorgesehene Verfahren anzuwenden. Die Zeit der Verhandlungen sei jetzt vorbei. Angesichts der aufs äußerste gestiegenen Gefahr, die ein Völkerbundsmitglied bedrohe, müsse sofort gehandelt werden. Ein Völkerbundsaustritt müsse sofort eingeleitet werden und noch während der gegenwärtigen Tagung des Rates Bericht erstatten. Abessinien sei mit jedem Vermittlungsversuche einverstanden, das den Ausbruch des Krieges aufhalten könnte.

Es verlange schließlich eine gerechte Lösung und eine vollständige Regelung der ganzen Angelegenheit. Es sei gegen jede Vertagung. Es handle sich jetzt darum, zu wissen, ob ein Staat bei der Bedrohung durch einen mächtigen Nachbarn unter Berufung auf Artikel 10 und 15 des Völkerbundsvertrages mit einem wirksamen Schutz rechnen könne.

Nach dem abessinischen Vertreter sprach

der russische Volkskommissar Litwinow.

Er äußerte zunächst kein Bedauern über den Mißerfolg der Berliner Drei-Mächte-Verhandlungen und betonte, daß die Sympathie und Achtung, die die Sowjetunion für einen der im Streit befindlichen Länder (gemeint war Italien) seit jeher Satzen hege in dem Wunsch, daß die gegenseitigen guten Beziehungen in dem gleichen Freundschaftsgeist fortgesetzt werden. Der gegenwärtige Konflikt enthalte die größten Gefahren für das gesamte internationale Leben und insbesondere für den Völkerbund.

Litwinow erklärte sich außerstande, der Haltung zuzustimmen, die der Vertreter Italiens dem Völkerbund vorgeschlagen habe. Italien wolle, daß sich der Rat an dem italienisch-abessinischen Konflikt desinteressiere. Es handle sich um die Drohung mit einem Eingriff, die nicht bestritten, sondern vom italienischen Vertreter selbst bestätigt werde.

Ein derartiger Angriff würde eine flagrante Verletzung, ja eine vollständige Zerreißung der Völkerbundsunion darstellen und für die Zukunft einen gefährlichen Präzedenzfall bilden. Jeder Krieg sei die Frucht eines vorausgegangenen Krieges und erzeuge neue Kriege in der Zukunft. Der Grundgedanke der Unteilbarkeit des Friedens lege sich erfreulicherweise immer mehr durch. Es sei auch nicht angängig eine militärische Operation mit den inneren Zuständen eines Landes zu begründen.

Gewiß werde niemand für die Zustände in Abessinien, so wie sie die italienische Denkschrift darstelle, Sympathien haben, aber nichts berechtige zu einer Diskriminierung an Völkerbundsmitgliedern nach ihren innerpolitischen Verhältnissen, nach ihrer Rasse oder Hautfarbe oder nach ihrer Kulturstufe. Alle hätten ein unveräußerliches Recht auf Unabhängigkeit und Unversehrtheit. Es gebe für militärisches Vorgehen keine andere Rechtfertigung als Notwehr.

Litwinow erinnerte außerdem an den Kellogg-Pakt und forderte den Völkerbund auf, keine Bemühungen oder Entschlüsse zu unterlassen, um einen bewaffneten Konflikt zu vermeiden.

Der Ratspräsident schloß darauf die Sitzung mit der Ankündigung, daß er in der nächsten Sitzung, deren Zeitpunkt offengelassen wurde, dem Rat Bericht über das weitere Verfahren machen werde.

Italien wünscht andere Zusammensetzung des neuen Ausschusses.

Der überraschende Ausgang der Ratssitzung.

Genf, 5. September.

Der für die Öffentlichkeit überraschende Verlauf der Ratssitzung am Donnerstag war das Ergebnis von

Unstimmigkeiten, die sich im letzten Augenblick wegen der Zusammensetzung des geplanten Fünfer-Ausschusses ergeben hatten. Es war vorgesehen, daß diesem Ausschuß England und Frankreich sowie drei weitere Mächte angehören sollten.

In der letzten Beratung vor der Sitzung erhob der italienische Vertreter die Forderung, das Italien gleichfalls in den Ausschuß gewählt werden soll, da es ähnlich wie England und Frankreich an der abessinischen Frage interessiert sei. Werde dies nicht gemilligt, so sei vorzuziehen, einen Ausschuß von völlig uninteressierten Staaten einzusetzen.

Diese italienische Forderung, die darauf hinausläufe, die beiden westlichen Großmächte als Gefangen zu erklären, hat die bisherigen Dispositionen umgeworfen.

Im Völkerbundssekretariat ist man bemüht, diesem Zwischenfall sowie dem offensichtlichen Weggehen des italienischen Vertreters vom Ratsstisch eine untergeordnete Bedeutung zu geben. In ähnlichem Sinne wird auch italienischerseits erklärt, daß die Worte Aloisis sich nur auf den vorliegenden Einzelfall bezogen, also nicht gegen den Rat als solchen gerichtet war.

Es läßt sich aber nicht verkennen, daß die Ereignisse vom Donnerstag schon das formale Arbeiten des Völkerbundsrates ungemein erschwert haben, ganz abgesehen von den politischen Gegensätzen, die in ihnen zum Ausdruck kommen.

Die Agentur Havas berichtet aus Addis Abeba, die abessinische Regierung habe der italienischen Gefandtschaft nicht erlaubt, eine Vertretung der Genlandschaftswache durch eine Estari-Kompagnie vorzunehmen. Der Negus habe, wie Havas weiter meldet, allen Ausländern empfohlen, sich in einem bestimmten Bezirk zu sammeln. Einige Pfleger hätten sich jedoch geweigert, die Stätte ihrer Arbeit zu verlassen. Den Missionarinnen hat der Negus weitgehenden polizeilichen Schutz zugesagt.

Die Untersuchung des Berliner Einsturzungsglücks.

Dier Verhaftungen.

Berlin, 5. September.

Die Justizprokessstelle Berlin teilt mit: Wie seinerzeit bereits bekannt geworden ist, hat die Staatsanwaltschaft bei dem Bau der Nord-Süd-Bahn in der Hermann-Göringstraße, das insgesamt 19 Todesopfer gefordert hat, die Ermittlungen über eine etwaige Schuldfrage eingeleitet. Die Bearbeitung dieses der Öffentlichkeit in besonders hohem Maße interessierenden Verfahrens wurde dem Oberstaatsanwalt Dr. Reimer übertragen, zu dessen Unterstützung nach wie vor Gerichtsassessor Kiel, der seinerzeit als erster Vertreter der Staatsanwaltschaft bei den Aufräumarbeiten zugegen war, tätig ist.

Zur eingehenden Aufklärung hat die Staatsanwaltschaft ein Sachverständigen-Gremium hinzugezogen, das unter Leitung des Geheimrats Prof. Hertwig von der Technischen Hochschule Berlin steht und dem als Mitglieder folgende Herren angehören: Prof. Dr. Dillingner von der Technischen Hochschule in München, Reichsgruppenleiter Supplauer (DAB), Regie-

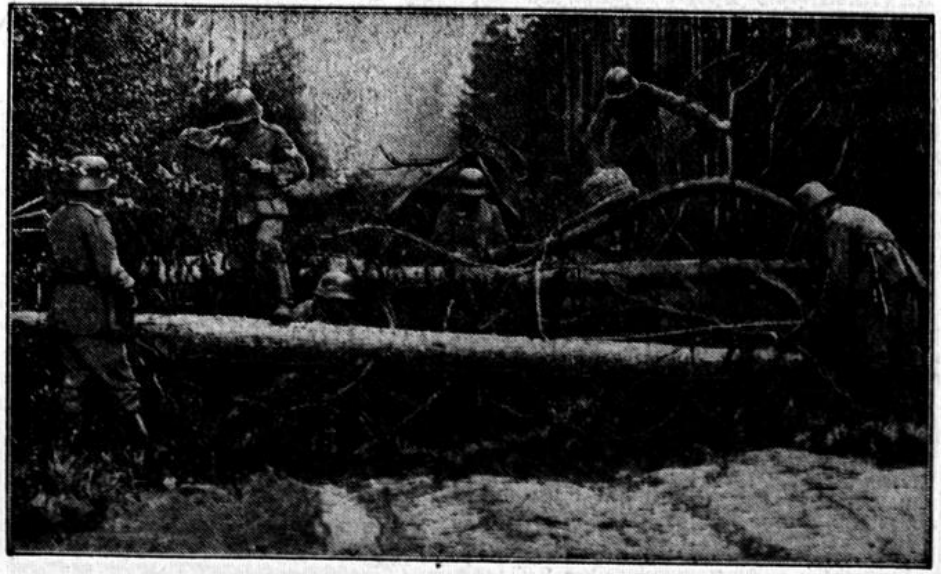
rungsbauteil i. R. Boussier, Regierungs- und Baurat Schuppan vom Polizeipräsidium Berlin.
Die Untersuchung über die Ursachen des Einsturzungsunglücks ist inzwischen soweit gediehen, daß auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft heute Haftbefehle gegen folgende Personen erlassen und vollstreckt worden sind:

1. Direktor Hugo Hoffmann von der Berlinischen Baugesellschaft m. B.,
2. Ingenieur Joseph Karl Rath, technischer Sachbearbeiter der Berlinischen Baugesellschaft mbH.,
3. Bauleiter Dipl.-Ingenieur Fritz Roth,
4. Reichsbahnrat Wilhelm Wegner.

Den Festgenommenen wird fahrlässige Tötung zur Last gelegt, die darin erblickt wird, daß bei der Ausführung des Baues grobe Verstöße gegen anerkannte Regeln der Baukunst vorgekommen sind und daß die Genannten dafür in erster Linie die Verantwortung zu tragen haben.

Mit dem abschließenden Sachverständigengutachten dürfte in etwa einer Woche zu rechnen sein.

Baum-Hindernisse erschweren das Vorgehen des Gegners.



Neues Bild von den Kämpfen in der Nähe von Celles. Pioniere haben Baum-Hindernisse über die Straße gelegt, um ein Vorgehen des Feindes zu erschweren. (Scherl-Bilderdepot-M)

Um die Zukunft der Völker.

II.
Will man die Erscheinungen des Geburtenrückganges bekämpfen, so ist es notwendig, ihren Ursachen nachzugehen. Diese Ursachenfrage bildet eine zweite große Gruppe von Referaten auf dem Bevölkerungsforschungstag. Mit Recht wurde immer wieder betont, daß es durchaus falsch wäre, wollte man eine Ursache allein — etwa die wirtschaftlichen Verhältnisse — hierfür verantwortlich machen. Man sollte hier besser von „Ursachenbündeln“ sprechen. Neben wirtschaftlichen Verhältnissen spielen eine Rolle Bodenentwertung und Verfall, zu lange Ausbildung bestimmter, insbesondere akademischer Berufe, die nur eine späte Reife ermöglichen, mangelnde Zeugungsfähigkeit als Zustand oder als Folge bestimmter Krankheiten, insbesondere Geschlechtskrankheiten (der Geburtenrückgang infolge von Gonorrhoe, dem Erbfeind der Fruchtbarkeit) wird jährlich auf mehrere Hunderttausend berechnet; nicht zuletzt ist es aber, wie Reichsminister Dr. Frick es formulierte, „Sorge um das eigene Wohlergehen“ und der „Wunsch, an den sogenannten Genüssen des Lebens teilzunehmen“, also egoistisches und unethisches Verhalten.

Was ist nun in Anbetracht dieser Verhältnisse zu tun? Hier hat die Rassenhygiene einzusetzen und den Regierungen für ihre bevölkerungspolitischen Maßnahmen geeignete Wege vorzuschlagen. Man unterscheidet so eine negative und eine positive Rassenhygiene. Soweit sie sich auf die Zurückhaltung der minderwertigen beschränkt, sprechen wir von einer negativen, insofern sie die Förderung ergebender und hochwertiger Menschen in Angriff nimmt, von einer positiven Rassenhygiene. Ferner können wir je nach der Einstellung und Zielsetzung der einzelnen Länder von einer quantitativen und qualitativen Bevölkerungspolitik sprechen. Ist ein Land wie z. B. Frankreich in allererster Linie darauf bedacht, seine Bevölkerung rein zahlenmäßig zu steigern, so sprechen wir von einer vorwiegend quantitativ ausgerichteten Bevölkerungspolitik. Rationen, die in ihren Maßnahmen nicht nur auf die steigende Zahl, sondern auch auf die Beschaffenheit der Bevölkerung in erblicher Hinsicht ihr Augenmerk richten, treiben qualitative Bevölkerungspolitik. Diesen Weg gehen z. B. Deutschland und die skandinavischen Länder. Eine negative Maßnahme ist so das Sterilisationsgesetz und alle Maßnahmen zur Verhinderung ungünstiger Rassenmischungen.

Mit großem Ernst behandelte eine Reihe von Referaten diese Fragen- und Problemstellungen der negativen Rassenhygiene, so etwa das Problem der Grenze zwischen erbkrank und erbgesund, die Beziehungen zwischen Erbvorherlage und Bevölkerungspolitik u. a. m. Der Franzose Delface zog es in Zweifel, ob die bisher bekannten Vererbungsregeln tatsächlich auch auf physischem Gebiet allgemeine Gültigkeit haben, und behauptete vielmehr, daß Umwelt und Erziehung in hohem Maße den Menschen formten. Ebenso vertrat er die Ansicht, daß z. B. eine Unfruchtbarmachung den Menschen schädigen könne. Diesen Gedanken und Ansichten wurde im Hinblick auf die bisherigen Erfahrungen allgemein widerprochen. Ausdrücklich wurde zudem immer wieder von deutscher Seite hervorgehoben, daß alles das, was der nationalsozialistische Staat in dieser Richtung getan habe, „nur eine Art Notmaßnahme sei, die zunächst einmal die akute Gefahr bannen soll“ (Dr. Frick). Und Prof. Fischer, der Präsident des Kongresses, erklärte: „So wichtig die Vererbung erblich kranker Nachwuchses ist, noch wichtiger ist die Förderung und Wehrung des erblich gefunden Nachwuchses.“

Dreierlei Art müssen so die bevölkerungspolitischen Maßnahmen sein, um das Uebel bei der Wurzel zu fassen:

1. Es ist notwendig, daß die verschiedenen Zweige der Bevölkerungswissenschaft wie Erbbiologie, Anthropologie, Medizin, Statistik, Volkswirtschaft und Recht staatlicherseits tatkräftig unterstützt, ausgebaut und zusammengefaßt werden. Sie alle zusammen sind Ausgangspunkt für jede Bevölkerungspolitik und haben die Aufgabe, den Bevölkerungszustand nach Zahl und Art festzustellen, die Ursachen von Schäden aufzudecken und den gesetzgebenden Faktoren geeignete Maßnahmen zu empfehlen. In der Erkenntnis dieser Notwendigkeit hat die deutsche Regierung im Juni 1933 einen eigenen Sachverständigenbeirat für Bevölkerungs- und Rassenpolitik und seitdem weitere wissenschaftliche Institute rassenhygienischer Art geschaffen.

2. Für ein gesundes Ehe- und Familienleben ist die Schaffung gewisser Voraussetzungen wirtschaftlicher Art unerlässlich. Mit freudigem Stolz können wir Deutsche gerade in dieser Hinsicht auf die große Zahl von Gesetzen und Bestimmungen hinweisen, die im Interesse obiger Zielsetzung erlassen worden sind. Erinnert sei an das Gesetz über die Gewährung von Ehestandsdarlehen, an die unter bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten durchgeführte Steuerreform, an die Siedlungs-, Bauern- und Arbeiter-

Schulgesetzgebung, die Ermäßigung für Kinderreiche auf der Eisenbahn usw. Wie immer betont wurde, ist in dieser Hinsicht noch manches zu schaffen wie etwa die bevorzugte Einstellung und Beförderung der kinderreichen Familienkinder, die Schaffung einer Ausgleichskasse für kinderreiche Familien usw. Denn, wie Ministerialdirektor Dr. Gütig sagte, „es geht nicht an, den Familienvater mit jedem Kinde verhältnismäßig mit indirekten Steuern zu belasten, wenn der Staat nicht gleichzeitig für einen wirksamen Lastenausgleich sorgt“.

8. Doch dies alles ist nur Voraussetzung für eine Umkehr aus den Verhältnissen. Letztlich ist die Bevölkerungsfrage „eine Sache der seelischen Einstellung“ (Prof. Fischer). Eine Förderung und Mehrung des irdischen Nachwuchses ist mit Gesetzen und Verordnungen allein nicht zu erreichen. Einer Wandlung der Zahl muß zunächst und zu allererst eine tiefgreifende und dauernde Wandlung der Gesinnung vorausgehen. Die Wandlung der Gesinnung aber hat ihre tiefsten Wurzeln im Religiösen. Soweit ergabte wissenschaftliche Untersuchungen über den Zusammenhang zwischen Religion und Kinderzahl vorliegen, gelte es, daß dort, wo nicht nur ein äußeres Bekenntnis, sondern eine tief verwurzelte Weltanschauung vorhanden ist, auch mehr Kinder zu finden sind.

Zum Schluß sei noch ein letzter Gedanke hervorgehoben, der verschiedentlich in den einzelnen Referaten berührt wurde und dem der Schöpfer deutscher Rassenhygiene, Prof. Bloch, einen besonderen Platz widmete: Tief erfaßte Bevölkerungsprobleme bedeuten Friedenspolitik. „Wissen wir doch“, sagte Dr. Frick, „daß jeder Krieg mit so viel Verlust von wertvollem Erbgut erkaufte werden muß, daß er nicht durch Vorteile aus einem noch so günstigen Frieden ausgeglichen werden kann.“ Und Prof. Bloch erklärte mit Recht, „daß jeder Krieg wie eine Dampfmaschine über die junge Saat neuen Lebens hinweggeht. So bleiben Rassenhygiene und Krieg unersöhnliche Gegensätze, und wir Rassenhygieniker müssen den Frieden aufrichtig und mit tiefem Ernst erstreben und zu schützen suchen.“

Reichsminister Dr. Frick bei den Arbeitern in Reinsdorf.

Überreichung von Rettungsmedaillen.

DNB Halle a. d. Saale, 5. Sept.

Der Führer und Reichsminister hat einer Anzahl Volksgenossen, die sich bei dem Explosionsunglück am 18. Juni d. J. in Reinsdorf um die Errettung von Menschen aus Lebensgefahr verdient gemacht haben, Auszeichnungen verliehen. Die Rettungsarbeiten waren bei der drohenden Gefahr weiterer schwerer Explosions äußerst schwierig. Reichsminister Dr. Frick überreichte heute im Rahmen einer feierlichen Versammlung den Tapferen von Reinsdorf zwölf Rettungs- und 46 Erinnerungsmedaillen und sprach zehn weiteren Volksgenossen eine öffentliche Belobigung aus. Die Feier fand inmitten der Arbeiter während der üblichen Mittagspause auf dem Werksgelände der Fabrik statt. Nach einer kurzen Begrüßung des Regierungspräsidenten Dr. Sommer in Reinsdorf nahm der Minister das Wort zu einer Ansprache an die Belobigten. Jedem einzelnen drückte er die Hand und sprach ihnen im Namen des Führers den Dank für ihr tapferes Verhalten aus.

Die Herbstmanöver in der Lüneburger Heide.

Wie der gestrige Ruhetag verbracht wurde.

Cellé, 5. September.

Der Schlachtenlärm in der Lüneburger Heide hat am Donnerstag geschwiegen. Die an den großen Herbstübungen beteiligten Truppen hatten einen Ruhetag. Die Dörfer und Bauerschaften um Wunstorf, vor allem aber das große Truppenübungsgebiet selbst, lag gleichwohl einen lebhaften Betrieb, denn wenn auch die Waffen ruhten, so gab es doch noch „Beschäftigung“ in ausgedehnter Weise.

Überall wurden die Waffen und Geräte nachgesehen und gereinigt, die Kleidungsstücke, die durch das Manöver gelitten hatten, gewaschen und in Stand gesetzt, eine Arbeit, der sich die Truppen ob des bisherigen guten Verkaufes des Manövers bei bester Stimmung unterzogen.

Und sorgfältige Pflege wurde den Pferden zuteil, die im Verlauf der Übung teilweise beträchtliche Leistungen hatten vollbringen müssen.

Ein Besuch der Quartiere in den Dörfern sowie im Munsterlager selbst überzeugte davon, wie schnell und gründlich diese Arbeiten vorgenommen und durchgeführt wurden. Schon gegen Mittag haben die letzten und schwersten Gelände wieder in tadellosem Zustande vor ihren Proben.

Der Gesundheitszustand der Truppe ist ausgezeichnet, ihre Haltung tadellos. Sie wird ohne Zweifel befähigt sein, die beiden letzten Manövertage und ihre Gefechtsübungen samt der abschließenden Parade mit dem gleichen inneren Schwung durchzuführen, der das Herbstmanöver in der Lüneburger Heide

bisher für jeden Zuschauer zu einem faszinierenden Erlebnis werden ließ.

Freitag früh nehmen die Herbstübungen der Truppen des VI. Armeekorps ihren Fortgang. Über die Ausgangslage und den Verlauf der Übung soll nach Abschluß des ersten Übungstages berichtet werden.

Maßnahmen zur Fettverbilligung.

Westen, 5. September.

Die von der Reichsregierung zur Verbilligung der Speisefette für die minderbemittelte Bevölkerung getroffenen Maßnahmen werden für die Monate Oktober, November und Dezember 1935 in dem bisherigen Umfang fortgeführt.

Wieder ein unerhörter litauischer Rechtsbruch.

Dr. Schreiber die Staatsangehörigkeit entzogen.

DNB Memel, 5. September.

Der Gouverneur des Memelgebietes hat dem früheren Landespräsidenten und jetzigen Spitzenkandidaten der memelländischen Einheitsliste zur Wahl am 20. September die Staatsangehörigkeit entzogen. In der Begründung heißt es, daß Dr. Schreiber die litauische Staatsangehörigkeit als Bürger des Memelgebietes durch unrichtige Bescheinigung erhalten habe. Er und seine Familie werden von nun an als Ausländer behandelt.

Da Dr. Schreiber Präsident der Memelländischen Handelskammer ist und in verschiedenen sonstigen wirtschaftlichen Organisationen und öffentlichen Körperschaften des Memelgebietes führende Stellungen bekleidet, deren er mit dem Verlust der Staatsangehörigkeit verlustig geht, steht er persönlich mit seiner Familie nach diesem Willkürakt vor dem Ruin.

Wie bekannt, ist Dr. Schreiber seit 13 Jahren Memelländer, also längst vor der Ratifizierung des Memelabkommens im Gebiet ansässig gewesen. Bisher sind niemals Zweifel an seiner Staatsangehörigkeit laut geworden, im Gegenteil wurde er vom litauischen Gouverneur seinerzeit sogar zum Landespräsidenten ernannt. Als Beamter einer öffentlichen rechtlichen Körperschaft hat er seinerzeit auf Grund seiner Anstellung auf Lebenszeit vorrätigsmäßig für Litauen optiert. Der angegebene Grund für diesen neuen Schlag gegen die stammesbewußten Memelländer ist also so fadenscheinig wie nur irgend möglich.

Auch der Bürgermeister von Memel entrechtet.

DNB Memel, 5. September.

Nachdem dem Spitzenkandidaten der memelländischen Einheitsliste, Dr. Schreiber, rechtswidrig die litauische Staatsangehörigkeit und die Wahlbarkeit durch den litauischen Gouverneur entzogen worden ist, hat man nun auch dem Bürgermeister Dr. Brindlinger, der an letzter Stelle auf der memelländischen Einheitsliste steht, durch rechtswidrige Entziehung der Staatsbürgerrechte das aktive und passive Wahlrecht entzogen. Auch bei Dr. Brindlinger ist die Staatsangehörigkeit in Zweifel gezogen worden. Er ist ebenso wie Dr. Schreiber 1922 ins Memelgebiet gekommen und hat sich dort als Rechtsanwalt und Notar niedergelassen. Als Notar hat er Beamten-eigenschaft. Er hat deshalb auf Grund des deutsch-litauischen Optionsvertrages für Litauen optiert. Er gehörte dem dritten memelländischen Landtag als Abgeordneter an und wurde im Mai 1931 mit großer Mehrheit von der Stadtverordnetenversammlung zum Bürgermeister der Stadt Memel gewählt und von dem rechtmäßigen Direktorium Schreiber bestätigt. Das statutenmäßige litauische Direktorium Reigas hat ihn dann am 8. Juli 1934 widerrechtlich seines Amtes enthoben. Gegen seine Amtsenthebung hatte er bei den ordentlichen Gerichten des Memelgebietes Klage erhoben. Der Magistrat der Stadtgemeinde wurde verurteilt, ihm das Gehalt zu zahlen. Man will ihn für die Memelgebiete jetzt vollkommen beseitigen und hat ihm deshalb die Staatsbürgerrechte entzogen.

Mit jedem Tag wird es mehr offenbar, daß die litauischen Machthaber im Memelland selbst die ungeheuerlichsten Rechtsbrüche und brutalsten Grenzverletzungen nicht scheuen, um durch planmäßige Entziehung der für ihre Deutschum eintretenden Memelländer und durch immer neue Verletzung der Memelkonvention und Wahlabschlüssen vielfältigster Art ein Ergebnis der Memellandtagswahl herbeizuführen, das die letzte Voraussetzung zur endgültigen Annexion des deutschen Memellandes durch Litauen und zur Legalisierung und Verewigung des litauischen Terrors bilden soll.

Die Stammaschnitte sind auf rosa Wasserzeichenpapier hergestellt; sie enthalten wieder je drei Reichsoberleitungsstempel A und B sowie einen Beistempel für drei Pfund Konsummargarine.

Die Ausgabe der Stammaschnitte muß spätestens am 10. Oktober beendet sein.

Es besteht Veranlassung darauf hinzuweisen, daß die Scheine nicht bei Abgabe anderer als der auf dem Stammaschnitt bezeichneten Waren in Zahlung genommen und weder vor Beginn noch nach Ablauf der aufgedruckten Gültigkeitsdauer verwendet werden dürfen. Gegen Verkaufsstellen, die dieser Anordnung zuwiderhandeln, wird eingeschritten werden. Es muß unter allen Umständen verhindert werden, daß Bezugsberechtigte in Folge vorzeitiger Verwendung der Scheine im Monat Dezember 1935 nicht mehr in der Lage sind, die verbilligten Speisefette zu erwerben.

Wurde gestern aus Memel berichtet, daß der Spitzenkandidat der memelländischen Einheitsliste, Dr. Schreiber auf Verfügung der litauischen Wahlrechtskommission von der Liste gestrichen wurde, so wird heute bekannt, daß durch eine willkürliche Rechtsbeugung der Einfluss dieses memelländischen Deutschumführers endgültig gebrochen werden soll und er, der noch vor wenigen Jahren vom litauischen Gouverneur zum Landespräsidenten des Memelgebietes bestellt worden war, seiner politischen Rechte entleert, seiner Staatsangehörigkeit beraubt und mit seiner Familie künftig als Ausländer von den litauischen Behörden im Memelgebiet behandelt wird. Ein ähnliches Schicksal trifft einen anderen Vorkämpfer der deutschen Bevölkerung in diesem gequälten Lande, den ehemaligen Oberbürgermeister von Memel, Dr. Brindlinger, der mit den gleichen brutalen Mitteln aus dem Wahlkampf ausgeschaltet wird.

Vor zehn Jahren trat die Memelkonvention in Kraft. Litauen hat in der ganzen Zeit nichts anderes getan, als das Rechtsempfinden der Kulturwelt durch Verstoß gegen diese Konvention zu verletzen und sozusagen praktisch durchzuprobieren, welche Belastungsproben das Rechtsempfinden der Nationen überhaupt er-

tragen kann. Man muß leider feststellen, daß diejenigen Mächte, die als Unterzeichner der Konvention die Verantwortung für die Menschen im Memelgebiet mit übernommen haben, durch ihr Verhalten gezeigt haben, daß das Rechtsempfinden in der Kulturwelt heute gewohnt ist, stärkste Belastungsproben auszuhalten.

Wenige Wochen, Tage nur noch trennen uns von der entscheidenden Stunde der Wahl im Memelgebiet. Litauen tut alles, um gegen das Recht zu verstoßen, die Signatur macht aber, die den Schutz dieses Rechts übernommen haben, tun nichts, um es zu wahren. Können diese Mächte überhaupt mit ethischem Bewußtsein von ihrer Aufgabe, Frieden und Recht in der Welt zu wahren, sprechen, wenn sie selbst dort, wo sie durch Unterzeichnung eine Verantwortung übernommen haben, nicht bereit zum Handeln sind?

Fünf deutsche Schulen in Polen geschlossen.

DNB Bromberg, 5. September.

Die zukünftigen politischen Kreisfunktionsstellen in Bromberg und Höhenstaß haben mit dem gestrigen Schultage die deutschen Minderheitsschulen in Spital, Kautlin, Steina, Domsle und Krossen geschlossen und aufgelöst. In jeder dieser Schulen wurden rd. 40 deutsche Kinder unterrichtet, die nunmehr in polnischen Schulen überwiesen worden sind.

Die in Frage kommenden deutschen Schulen waren nach der Zahl ihrer Schüler durchaus lebensfähig, so daß die deutsche Minderheit den Maßnahmen der polnischen Schulbehörden verständnislos gegenübersteht. Zumal die deutsche Volksgemeinschaft gegen die positive Einstellung zu den bevorstehenden polnischen Wahlen verurteilt hat. Mit den betroffenen Eltern hofft die ganze deutsche Volksgemeinschaft in Polen, daß die sofort beim polnischen Unterrichtsminister eingereichte Beschwerde im Geiste der guten Beziehungen zwischen beiden Nationalitäten berücksichtigt wird.

Am Freitag mittag wird in feierlicher Form die Übernahme der Polizeiwache am Brandenburger Tor durch die Wachtruppe der Wehrmacht stattfinden. Die historische Wache am Brandenburger Tor wurde bis zur Novemberrevolution 1918 von der Garde besetzt, wurde dann von der Schutzpolizei übernommen. Die Wache wird nunmehr wieder vom Reichsheer gestellt.

Englische Hoffnungen.

Möglichkeiten einer friedlichen Lösung. - Wiederannäherung Frankreichs an England?

„Nachdenkliche Stimmung in Rom“.

DNB London, 5. September.

In dem Bericht des Genfer Sonderkorrespondenten der „Times“ über die gestrige Ratstagung wird u. a. gesagt, der Zweck der Erklärung Owens sei klar. Sie komme auf eine Wiederholung der Hoffnungen der britischen Regierung hinaus, die Italien angeboten worden seien. Dem italienischen Vertreter habe sie eine Gelegenheit gegeben, den in Paris herrschenden Faden wieder aufzunehmen. Diese Hoffnung sei anscheinend durch seine Antwort mindestens für den gestrigen Tag gestört. Owen sei sofort von Daxal unterstützt worden durch Ausführungen, die in Richtung auf Unterstützung des Völkerbundes und auf Überwindung der durch die britischen Standpunkte weitergingen, als die meisten Beobachter erwartet hatten. Owen habe Mut und Versuchungswillen gezeigt, und

Daxal habe einen entscheidenden Wink hinsichtlich der Entscheidung der französischen Regierung für den Fall gegeben, daß sie letzten Endes zwischen Völkerbund und Zusammenarbeit mit Großbritannien wählen müßte. Daxal habe sich enger als bisher an die Richtlinien der britischen Politik herangewandt und die Versicherung der Treue Frankreichs zum Völkerbund erneuert.

Baron Aloisi habe wiederum die französischen englischen Vorschläge verworfen und sich das Recht für Italien vorbehalten, den Streit in seiner Weise zum Austrag zu bringen. Das sei eine indirekte Zurückweisung der juristischen Zuständigkeit des Völkerbundes, die es schwierig mache, zu sehen, auf welcher Grundlage die Erörterungen fortgesetzt werden sollten. Die italienische Antwort auf die Verhandlungsangebote Owens hätten einen befremdenden Eindruck gemacht. Mussolini habe anscheinend noch an dem Gedanken fest, daß Großbritannien blasse und daß Frankreich und die anderen Länder seinem Beispiel keineswegs folgen würden.

Es werde immer klarer, daß das Schweigen der britischen Regierung in den Anfangsstadien des Streites keineswegs bedeutend habe, sie werde unter keinen Umständen wirklich handeln, daß Frankreich einem britischen Vorgehen im Falle eines solchen Falles nicht zustimmen werde, daß die kleineren europäischen Mächte die jegliche italienische Politik einhellig verurteilen. Es verlautete, daß die Mächte der kleinen Entente beschlossen hätten, an Sühnemaßnahmen, die von Großbritannien und Frankreich vorgeschlagen würden, teilzunehmen.

Das gestrige Eingreifen der spanischen Vertreter sei begünstigend für die Stimmung anderer Staaten, daß Italien die Ehrlichkeit der Angebote für eine friedliche Lösung und den zunehmenden Widerstand gegen seine Methoden in Großbritannien und ganz Europa grundsätzlich unterkühlt habe.

Am „Daily Telegraph“ heißt es, trotz der Erklärung Owens habe es gestern Abend Zeichen gegeben, daß

Großbritanniens feste Haltung vielleicht noch zu einer Vänderung der italienischen Politik führen werde. Der diplomatische Mitarbeiter des Blattes hat den Eindruck, daß Mussolini die Möglichkeit einer Lösung nicht ausschließt, die einen Angriff auf Abessinien überflüssig machen würde. Die Bewegungen der britischen Kriegsschiffe während der letzten zwei Wochen hätten offenbar in Rom eine nachdenkliche Stimmung verursacht.

Dort werde begriffen, daß Italien, wenn der Völkerbund vorgehen würde, nicht mehr in der Lage wäre, den Brennpunkt zu verteidigen. Es bestehe guter Grund anzunehmen, daß diese Umkehrung jetzt in Rom anerkannt worden sei.

Der Verlauf der Ereignisse in den nächsten Tagen lasse sich nicht deutlich voraussagen. Rom werde aber vielleicht noch überzeugt werden, daß der Vorschlag einer internationalen Organisation zur Erhaltung der Ordnung an der Grenze Abessinien doch der Erwägung wert sei.

Italiens Bedingung

für weitere Teilnahme an den Beratungen.

London, 5. September.

In politischen Kreisen in Rom wird, wie Reuter meldet, bestätigt, daß Italien es ablehne, an Beratungen des Völkerbundes über die abessinische Frage teilzunehmen, solange gleichzeitig der abessinische Vertreter anwesend ist. Würde jedoch über andere Fragen verhandelt, so habe Italien nichts gegen die Anwesenheit Abessinien einzumenden.

An hiesigen politischen Kreisen wird erklärt, die Geste des italienischen Vertreters in der Ratstagung am Donnerstag könne, so lenkbar wie auch wirken möge, im Hinblick auf die Erklärungen Owens vom Mittwoch kaum noch überraschen. Der Führer der italienischen Abordnung habe bereits am Mittwoch mit aller Deutlichkeit der Welt zu verstehen gegeben, daß für Italien eine Erörterung seines Streitfalles unter gleichberechtigter Teilnahme Abessinien nicht möglich sei. Das Vorgehen des italienischen Vertreters am Donnerstag sei demnach nur eine logische Folge der am Mittwoch von Aloisi dargelegten italienischen Auffassung. Nach diesen Erklärungen könne das Verlassen des Ratstisches weder als ein Theatercoup noch etwa gar bereits als ein endgültiger Bruch Italiens mit dem Völkerbund betrachtet werden. Der italienische Ratstreter, der am Donnerstag zur Entgegennahme der Bemerkungen und etwaigen Ratsschlüsse anderer Ratsteilnehmer und etwaigen Ratsschlüsse beigewohnt habe, werde auch weiterhin an den Ratssitzungen teilnehmen, sogar in Anwesenheit eines abessinischen Vertreters, werde aber jedesmal wieder den Ratstisch verlassen, wenn der abessinische Vertreter sich an der Aussprache beteilige.

700 Tote auf Florida?

Das Vernichtungswerk des Orkans.

Newport, 5. September.

Die letzten Meldungen aus Miami (Florida) über die Wirbelsturmkatastrophe berichten grauenhafte Einzelheiten. Die Eisenbahnschienen sind meilenweit aufgerissen, die Landstraßen überflutet oder durch Hausstümmer und entwurzelte Bäume unpassierbar. Augenzeugen berichten, wie ganze Gebäude und Häuserblöcke durch die Luft getragen und auf die Erde geschmettert wurden. Die Gesamtzahl der Toten in Florida wird jetzt auf 700 geschätzt.

500 Bärge bereitgestellt.

Newport, 5. September.

Die Schätzungen über die Zahl der Opfer, die die Wirbelsturmkatastrophe in Florida gefordert hat, schwanken noch immer zwischen 200 und 1000. Bis-

her hat man 140 Leichen aufgefunden, die man aber noch nicht identifizieren konnte. Die Ortsbehörden haben bereits unmaßstäbliche Maßnahmen für die Beerdigung der Toten getroffen, darunter zählt auch die Bereitstellung von schnellen Beerdigungsfahrzeugen, die in der Folge der schnellen Verwesung hunderter von Leichen auf erhebliche Schwierigkeiten. Die Gesundheitsbehörden erwarten bereits, es sei nicht besser, wenn man die Leichen auf Scheiterhaufen verbrennt.

Präsident Roosevelt hat eine strenge Untersuchung darüber angeordnet, ob die Kriegsveteranen in den Arbeitslagern auf den Laguneninseln, die hauptsächlich von der Katastrophe heimgekehrt wurden, rechtzeitig Sturmwarnungen erhalten haben.

Die Wirbelstürme bewegen sich jetzt in vermindelter Stärke nordwärts über Südamerika und zwar in der Richtung nach dem Atlantik. Sie haben hier beträchtliche Entschädigungen angerichtet.

Der vor einigen Tagen an der Küste von Florida aufgelaufene amerikanische Dampfer „Dixie“ wird von den Rettungsgeheimdiensten, die ihre Rettungsboote an die Unglücksstelle entsandt haben, als vermisst betrachtet.

Das Volksfest des Reichsparteitages.

Sport und Kunst, Tanz, Film und Feuerwerk.

DNB Nürnberg, 5. September.

Ihren Bekannten, dem Volke nur gute Kunst zu bieten, gibt die NS-Gemeinschaft Kraft durch Freude auch in dem großen Volksfest des Reichsparteitages Ausdruck, das am Sonntag, dem 14. September, auf dem gesamten Reichsparteitagsgelände veranstaltet wird. Rund 400 000 Menschen werden Platz haben. Bei der Eröffnung werden nicht weniger als 3000 Mann Werkstätten der Deutschen Arbeitsfront mit 25 Musikkapellen auf allen Ständen und Plätzen werden dann das Programm des Volksfestes einleiten.

Auf dem Gebiete sportlicher Betätigung sind vorgesehene: Das Spiel des deutschen Fußballmeisters Schalke 04 gegen Nürnberg-Gürtel, weitere Vorführungen der deutschen Landestriebe der D. L.; dann ein Handballspiel des Militär-Sportvereins Hindenburg gegen Spielvereinigung Fürth, es folgt das Fußballspiel des Weltmeisters „Wanderlust“ Frankfurt/Main gegen den deutschen Meister „Halle“ Hamburg-Steinberg. Ferner gibt es auf den 14 verschiedenen Sportplätzen zu sehen: Boglschüsse, Judo, Vorführungen der Rhythmischen Turnkunst. Die Volkstanzführer können sich auch selbst sportlich betätigen, sie können klettern, sich auf der Regelbahn vergnügen, sie können tanzen, jachtfahren usw. Dazu noch Veranstaltungen auf zwei Reitbahnen und 80 Schießständen. Ergänzt wird dieses Programm durch tanzgymnastische Darbietungen, Volkstänze, Scherzturnen, Radfahrereigen usw.

Die künstlerischen Darbietungen werden in Aufführung des Volksstückes „Jan der Wunderbare“ im Waldtheater einen Höhepunkt erreichen. Der Reichstheaterzug der DAF zeigt auf der Kleinfunkbühne ein buntes Variete-Programm, die Werkstätten der DAF singen Chorgesänge, Band- und Mundharmonikaorchester spielen. Marionetten- und Puppenstücke warten mit Vorführungen und Lustspielen von Hans Sachs auf. Der Film wird in ganz großer Form im Dienst des Volksfestes stehen. Hierbei werden 18 Tonfilmwagen der DAF beteiligt sein. Die Hauptveranstaltungen der Wagen haben eine Hörweite von vier Kilometern.

Am 20. Uhr steht dann das riesige Feuerwerk „Die vier Jahreszeiten“ ein, das ungefähr eine leuchtende Feuerwand in den Himmel halten wird. Das Feuerwerk, eine kaum noch zu übersehende Leistung der deutschen Feuerwerksindustrie und der in ihr beschäftigten Volksgenossen, wird in Feuergeigen den Gang der Jahreszeiten zeigen. Sieben deutsche Feuerwerksfirmen, zu denen mindestens 300 bis 400 deutsche Volksgenossen für etwa vier bis fünf Wochen an der Herstellung der Feuerwerkskörper gearbeitet haben, sind an den Leistungen dieses feuerwerktechnischen Wunders beteiligt. Der gesamte Aufbau für das riesige Fest wird in einer einzigen Nacht durchgeführt werden. An dieser Arbeit wirken rund 6000 Volksgenossen mit.

Bei der...
Anhol...
Nunmer 2...
Der Führer...
Abolf...
an den Herbst...
Stabe im Mun...
Truppe in das...
den Übungen...
haber der Wehr...
und der Oberhe...
tillerie von F...
Offiziere bei.

Der Führer...
und ließ sich vom...
General...
beiden kämpfende...
Parteienführern...
lage Portog...
nübergeleitet auch...
von Bomberg...
marine Admiral...
man den Chef des...
sternum Generalm...

Im Manöver...
eine Reihe von b...
schen Bewegung...
leiter von Essen...
Terboven, Fl...
Stahmann, Fl...
Reichsstatthalter...
Hella, Gauleiter...
hauptmann Ha...
meister Krogn...
die St-Gruppen...
(Mitte), Böhn...
len), ferner vom...
Obergruppenführer...
dorf, die St-Brig...
Essen und Schle...
rungspräsidenten...

Der Führer...
erkannt wurde, b...
von den jungen...

Großkamp...

Nach einem R...
zweite Teil...
Armeekorps...
terverhältni...
Manöver beid...
kühlung, von v...
ganzen Tag über...
Das gute Wetter...
tern zu gönnen...
langen Reihen zu...
Manövergelände...
Straßen und den...
spiel zu verlegen...
nicht, war doch...
Führers wie...
von den Ueb...
drungen. Die...
die oberste Be...
und Reichsstat...
mukhte. Die Dar...
geboten. Alles...
der allüberall, wo...
lichen Jubelsturm...

Dem zweiten...
Ausgangslag...
trafte hatten...
Front an der...
sich am frühen...
Bordrienen i...
Verlauf der K...
der Stadt Mun...
breite Lücke...
Front entluden...
blaue Kräfte in...
hineinkönnen...
Mit dieser Au...
6. Division...
Generalmajors...
Marschstrafen...
auf einen Solt...
onen nach Sü...
Partei hatte in...
in der Front zu...
Kräfte unter F...
aus der Gegend...
fischer Richtun...
Vorgehen der Blau...